

**zine*

für kritische gegendarstellung

in passau

für den zweifel*

01

--

2020



»KRIMINALISIERUNG«

KRIMINALISIERUNG:

- > antifeminismus und schwangerschaftsabbrüche
- > rassistische gentrifizierung
- > stigmatisierung psychischer krankheiten
- > ziviler ungehorsam
- > kritik der bürgerlichen klimabewegung
- > antisemitismus

HOODWATCH:

- > linke gruppen in passau
- > urban exploring in passau
- > passauer architektur

EXTRA:

- > fotos & poster

EINLEITENDE WORTE:

was ist für den zweifel*? und was soll das? Zwei unserer Herausgeber*innen nehmen kurz Stellung zu den Ideen und dem Zweck dieses Zine:

"für den zweifel ist ein Zine von linken Menschen aus Passau für Freund*innen linker Ideen. Wir haben uns zusammengetan, um Menschen und Inhalte, die momentan nicht in der Passauer Presselandschaft repräsentiert sind, eine Plattform zu geben - durch eine gesellschaftskritische Gendarstellung wollen wir unseren Zweifel an einem vermeintlich richtigen Normalzustand (der Welt) in Passau ausdrücken.

Unsere erste Ausgabe soll eine Kritik der Kriminalisierung leisten: Rassistische Strukturen, die Verweigerung von Frauenrechten oder eine rationalisierte Stadtpolitik sind alles Ausdrücke eines Systems, welches Existenzen und Bedürfnisse per se kriminalisiert. Einen Teil dieser oft unsichtbaren Prozesse wollen wir auf den nächsten Seiten sichtbar machen."

"Besonders viel an Printmedien gibt es in Passau nicht und eine linke Perspektive auf das Passauer Alltagsgeschehen wird man nicht finden. Darum gibt es uns. Wir sind Für den Zweifel, weil nur zweifelnd den aktuellen gesellschaftlichen Zuständen begegnet werden kann. Nichts darf hingenommen werden, nichts darf unhinterfragt bleiben.

Zweifelt mehr, befreit euch mehr und vor allem werdet mehr! Unser Zine bietet euch nicht nur Infos und Input zu politischen Ereignissen in Passau und darüber hinaus, sondern auch Einblick in die verschiedenen linken Strukturen, denen ihr euch gern anschließen dürft und auch sollt. In ihnen wird der Zweifel praktisch, durch sie wird unsere Kritik real und durch sie kommen wir dem Leben nach dem leidvollen Zweifel näher, dem zuckerwatte-weichen Leben für alle, dem Leben frei von Rassismus, Sexismus, Klassismus und Antisemitismus, also dem Leben frei von Faschismus, Kapitalismus und Patriarchat."

in dubio contra

von Benni Stern

*»Wenn Du sie siehst renn so schnell Du kannst,
wenn du nicht weisz bist oder neu im Land.
Denn ihre Waffen hat sie stets dabei.
Es war und ist und bleibt die Deutsche Polizei.«*

Das Flug - Deutsche Polizei

Honi soit...

...qui mal y pense, sagt das Sprichwort. Dem deutschen Bürger ist das nicht genug, deswegen schreien er und seine Volksgenossen, wann immer etwas ihnen nicht in den Kram paßt, nach der Polizei, dem Staatsschutz oder doch lieber gleich nach den Zeiten, als dank der netten Herren von der Gestapo noch Zucht und Ordnung herrschten.

Damit die einschreiten können, muß, was getan wurde kriminell, der Mensch, der da was tat, ein*e Kriminelle*r sein. Sind sie es nicht, gibt es keine Strafverfolgung, und weil die treuen Diener der Nation ganz genau wissen, was ihre Volksgenossen wollen, definieren sie fleißig herum, was noch alles verboten sein könnte.

Freilich, alles kann man nicht auf einmal haben, auch dieser blöden Unschuldsvermutung wegen. Dabei wußten doch alle, daß das mit den »Dönermorden« nur die Türken gewesen sein können, daß beim G20-Gipfel in Hamburg Bürgerkrieg herrschte und daß man als anständiges deutsches Mädels nach Einbruch der Nacht nicht mehr nach draußen gehen kann, wegen die Ausländer, was alles Vergewaltiger und Messermänner sind.

So schnell kann kein bayerischer Premierminister neue Polizeiaufgabengesetze erlassen, wie die Aufgebrachten und Besorgten nach Verhängung des jus in bello über alle Asozialen Elemente schreien, und kein Polizist - nicht mal in der Ordnungszelle des Reichs - zieht so schnell wie der Lokalredakteur, wenn es gilt, die Schuldigen auszumachen und zur Rechenschaft zu ziehen.

Was haben sie sich nicht einfallen lassen, wie viel Mühe haben sie sich nicht gegeben, und trotzdem reicht es vorn und hinten nicht: Vermummungsverbot auf Demonstrationen, Kameras, Sicherheitszonen in den Innenstädten, Panzer für die Polizei, Versammlungsrecht eingeschränkt, racial profiling, scharfes Drogenrecht, Grenzkontrollen...

Alles vergebens, gibt es doch immer noch People of Color, LGBTQI*-Menschen, Häretiker*innen, Muslime, Juden, Drogenkonsument*innen, Kommunist*innen, sogar eine Handvoll notorischer Deutschlandhasser*innen hier und da.

Drum nehmen sie also das Heft selbst in die Hand, respektive - wo sie es nicht können oder wollen - schreien nach schärferen Gesetzen und mehr Polizei.

Die kann freilich gar nicht mehr anders, als jeden dahergelaufenen Nazi anzustellen, um mit genügend Personal gegen die Gefahr von Links kämpfen zu können. Allein um die Münchner Innenstadt vor randalierenden Sechstklässler*innen zu schützen, die nach fast jeder Fridays-for-Future-Demonstration SUVs en gros anzünden, bräuchte es zwei Bataillone kasernierte Volkspolizei, und in Hamburg hätte allein Opas Wehrmacht etwas gegen diese - man kann es nicht anders nennen - Bürgerkriegszustände ausrichten können.

Da bleibt dann auch keine Zeit mehr, Asylbewerber*innenheime vor besorgten aufgeklärten Patrioten zu schützen, oder für die Sicherheit von Synagogen vor Globalisierungs-kritikern zu garantieren.

Um die ohnehin strapazierten Sicherheitskräfte zu entlasten gründen sich daher bundesweit freundliche Nachbarschaftshilfen wie UNITER, die ihr möglichstes tun, um das Viertel sauber zu halten.

Und natürlich differenzieren die offiziellen Garanten für Sicherheit und Ordnung, wer ihnen hilfreich sein könnte (der NSU, um nur ein unrühmliches Beispiel genannt zu haben), und wer eine Gefahr darstellt (die Antifa e.V.). Den einen wird geholfen, die anderen zu Brei zu hauen, da verschwinden Akten und werden Zeugen bedroht, Beweise verschwinden und am Ende bröseln doch nur wieder alles weg, und was bleibt, ist dies: Die Nazis sind Einzeltäter, die Linken von Putin oder Netanjahu gesteuert.

Da wundert es auch nicht mehr, daß im common sense die Antifa als bedrohlicher als Nordkreuz wahrgenommen wird; und die Deutschen immer lauter nach einem Verbot ersterer, einer Stärkung letzterer schreien.

BENNI STERN ist ein notorischer Unruhestifter, linker Halunke und gefährlicher Irre. Warum ihn die Polizei noch nicht totgeschießt hat, weiß er selbst nicht.



INHALT:

- K** >>02<<
einleitende worte // in dubio contra
- R** >>04<<
es ist dein körper aber unsere vernunft
- I** >>05<<
*wahn & gesellschaft:
kriminalisierung psychischer
probleme*
- M** >>06<<
*lost in segregation I: die kameras im
klostergarten*
- I** >>07<<
*solidarisch gegen kriminsalisierung? spaltung
und repression von bewegungen am beispiel
von „Extinction Rebellion“*
- N** >>08<<
poster: nur die berge sind meine freunde
- A** >>10<<
chronik der aktionen zivilen ungehorsams 2019
- L** >>11<<
*der staat wird uns nicht retten! warum die
forderung nach stärkerem staatlichen
vorgehen gegen rechts teil des problems ist*
- L** >>11<<
*wie linke in passau kriminalisiert und rechte
verharmlost werden*
- I** >>12<<
*lost in segregation II: das sterben der urbanen
ästhetik*
- S** >>13<<
*corona und antisemitismus: das motiv der
brunnenvergiftung in zeiten der CoViD-19-
epidemie*
- I** >>14<<
kririk am recht: kriminalisierung im gesetz



>>15<< **H** **W**
übersicht wichtiger gruppen in passau

>>16<< **O** **A**
*reclaim the city: urban exploring in
passau*

>>17<< **O** **T**
*ein architektonischer wegweiser durch
das passau des 20. Jahrhunderts*

>>18<< **D** **C**
galerie: das andere passau **H**

IMPRESSUM:

v.i.s.d.p.:
Milena Kowalski
Karl-Kraus-Gasse 14
1120 Wien

zu den Texten: die hier publizierten Artikel und Texte wurden von verschiedenen Einzelpersonen und Menschen aus Passau geschrieben. Diese sind nicht identisch mit den Herausgeber*innen, ebensowenig wie die Herausgeber*innen die Meinungen der einzelnen Texte vertreten.

zum Coverdesign: wir haben uns aus ästhetischen Gründen für die Integration eines Fotos des Passauer Frauen*streiks entschieden. Die Gruppe ProChoice war mit der Verwendung dieses Bildes einverstanden, die darauf abgebildeten Feministinnen sowie die Gruppe selbst sind jedoch in keinster Weise verantwortlich für die hier publizierten Inhalte und Texte.

zum Mitmachen: dieses Zine hat einen demokratischen Anspruch. Wir sind also nicht nur offen für Kritik und Lob, sondern wollen auch explizit unsere Reichweite als Möglichkeit für Andere nutzen. Du hast ein Thema über das du in der nächsten Ausgabe berichten willst? Du willst dich an der Herausgabe beteiligen? Oder möchtest einen anderen Beitrag leisten? Schreibe uns gerne eine Mail mit deinen Ideen oder einem Text an:

zinedredaktion.passau@systemli.org

Es ist dein Körper, aber unsere Vernunft.

von Nubli

*In Deutschland werden Schwangerschaftsabbrüche staatlich und gesellschaftlich aktiv kriminalisiert. In Passau zeigt sich das am Handeln des Stadtrats selbst und an christlich-fundamentalistischen AbtreibungsgegnerInnen, die Ärzt*innen und Beratungsstellen bedrohen und es zudem schaffen in der breiten Öffentlichkeit Abtreibung als Mord zu framen.*

Die Beratungsstelle von Pro Familia Niederbayern in Passau, wo Frauen, die für einen Abbruch benötigte „Konfliktberatung“ in Anspruch nehmen können, wird nun zum dritten Mal 40 Tage lang von einem christlichen Fundamentalisten belagert, welcher mit blutrünstigen Plakaten betroffene Frauen einschüchert. Auf einem ist das sehr realistische (!) Bild eines Krahs mit einer monströsen Zange zu sehen, welcher ein Neugeborenes aus dem Bauch einer Frau zieht. Der selbsternannte Lebensschützer Andreas Eimannsberger aus Waldkirchen ist Schatzmeister des AfD Kreisverband in Passau und hat Kontakte in die extrem-Rechte kroatische Szene. Der AfDler ist auch Anhänger von Verschwörungsideologien und nahm an einer Kundgebung der "Corona Rebellen" mit Schildern mit den Aufschriften "Abtreibung ist Mord" und "Corona = Hoax" teil. Auf der Facebookseite seiner „Initiative für das Leben Passau“ prophezeit er „Deutschland tötet seine Zukunft“. Recherchen zeigen: Die Zukunft, die Eimannsberger imaginiert, ist eine faschistische. Trotzdem waren sich Studenten der Verbindung Oeno-Danubia im November letzten Jahres nicht zu schade, sich mit seiner Weltanschauung zu solidarisieren und nahmen an einer der frauenfeindlichen Kundgebungen des Fundamentalisten teil. Genau diese antifeministische Hetze und die daraus resultierende Stigmatisierung hat Mitschuld daran, dass es in Niederbayern nur noch einen Arzt gibt, der Schwangerschaftsabbrüche durchführt. Nur in Landshut, 120 Kilometer von Passau entfernt, gibt es noch einen Arzt, der Schwangerschaften beendet. Wer die neunte Woche überschritten hat, muss noch 50 Kilometer weiter bis nach München fahren. Im April dieses Jahres ist der letzte Arzt in Passau, Dr. Michael Spandau, in den Ruhestand gegangen. Der Arzt war lange die einzige Anlaufstelle in Niederbayern und praktizierte nur auf Grund der schlechten Versorgungslage weiter. Schuld daran ist auch, dass es dem Klinikum Passau durch einen Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 1998 verboten ist Abbrüche durchzuführen, die sich außerhalb der medizinischen oder kriminologischen Indikation befinden: Schwangerschaften, die nicht das Leben von Mutter oder Kind gefährden, oder nicht durch kriminalistisch erfasste Gewalteinwirkung entstanden sind. Geht es nach dem SPD-Oberbürgermeister Jürgen Dupper, wird sich daran auch nicht so schnell etwas ändern.

Auf bundesweiter Ebene werden Schwangerschaftsabbrüche durch die Paragraphen 219a und 218 kriminalisiert. Auf Websites darf der Holocaust relativiert werden mit Aussagen, die Abtreibungen als „Babycaust“ bezeichnen, aber nach 219a der medizinische Ablauf eines Abbruchs nicht beschrieben werden. Der 218 im Strafgesetzbuch macht zudem klar: Schwangerschaftsabbruch dürft ihr, aber nur wenn ihr sterben könntet, euch rechtlich nachweisbare Gewalt zugefügt wurde oder wenn ihr beweist, dass ihr mündige Menschen seid, also fähig seid vernünftige Entscheidungen zu treffen.



Da das bei Frauen scheinbar sehr selten der Fall ist (manchmal machen Östrogen und Progesteron es so verdammt schwer auf das Gehirn zuzugreifen) legt ihnen der 218 nahe – zwingen wäre hier eigentlich treffender – sich einem Denkprozess zu unterziehen, bei dem sie im besten Fall darüber reden können, was sie gerade umtreibt, und im schlimmsten Fall dazu gedrängt werden, eine Schwangerschaft auszutragen, die sie nicht wollen oder beispielsweise aus finanziellen Gründen nicht austragen können. Aber wo kämen wir denn dahin, wenn Frauen selbst einen Denkprozess anstoßen? Wenn sie ganz ohne Zwang und gesellschaftlichen Druck entscheiden, ob sie neun Monate lang ein Lebewesen in sich wachsen lassen wollen? Genau: Dann kämen wir dahin, dass Frauen entscheiden, ob Kinder auf die Welt kommen. Und dann kämen wir zu dem Problem, dass... Ach ja, dass der Markt eine Menge gesunde (!) Arbeiterinnen für das Wachstum der nationalen Ökonomie braucht. Und ob Frauen diese Menge gebären wollen? Die deutschen Wirtschaftsnachrichten warnen mit der „Befürchtung vieler, die Deutschen könnten aussterben“. Deutsch ist aber nur, wer gesund und produktiv auf die Welt kommen kann. Also wenn ihr dank Pränataldiagnostik herausfinden solltet, dass euer Kind höchstwahrscheinlich be_hindert wird, dann spart ihr euch die Zwangsberatung nach Paragraph 218 und der Abbruch wird euch von der Krankenkasse gezahlt.

Mehr dazu:

ProChoicePassau

Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung Passau

ProFamilia Passau

Der Unterstrich bei be_hindert soll hervorheben, dass Menschen nicht be_hindert sind, sondern be_hindert werden von einer Gesellschaft, die die Einteilung in gesund und be_hindert erst einfordert.

Nubli ist wütend, sehr oft, sehr viel. Die gesellschaftlichen Zustände sind halt auch sehr oft, sehr viel.

Wahn und Gesellschaft:

von Anonym



Über die Kriminalisierung psychischer Krankheiten

Nur Stunden nach den Anschlägen in Hanau stand fest, der mutmaßliche Täter handelte allein und war psychisch erkrankt. Während man juristisch noch vom mutmaßlichen Täter sprechen musste, konnte die psychische Erkrankung, beispielsweise durch die Analyse des Manuskriptes von ZDF-Rechtsexpert*innen, zweifelsfrei festgestellt werden. Etwas, das, wie die Sendung herausarbeitete, wohl alle rechtsextremen Täter der vergangenen Jahre gemein haben. Interessant auch die Unterscheidung vom Präsidenten des Bundeskriminalamtes zwischen „kruden Gedanken“ und Rassismus. Im selben Atemzug teilte er der Presse zudem mit: „Eine schwere psychotische Krankheit“ habe vorgelegen. Diese Aussage impliziert, wir müssten Mitleid mit dem Täter haben, da er gefangen war in einer wahnhaften Vorstellung, unfähig seine Taten zu begreifen. Wir sind als Gesellschaft geradezu rechtlich und moralisch verpflichtet, ihm beizustehen und Hilfe anzubieten. Was ist dann aber mit all den anderen Menschen: Islamhassern, Misogynen, die vom Weltjudentum phantasieren? Ist Höcke ebenfalls krank und bedarf unserer Hilfe?

So verständlich solche Reaktionen angesichts des unbegreiflichen Verbrechens sein mögen, führt diese Überpsychologisierung der Täter zur Relativierung von strukturellen Ursachen und der individuellen Schuld. Es pauschalisiert alle psychisch erkrankten Menschen als potenzielle Täter*innen.

Vergessen scheint, dass unter dem Konzept „Sicherheit durch Stärke“ die CSU 2018, mit dem Hinweis auf die vergangenen verübten Anschläge, nicht nur das Polizeiaufgabengesetz massiv verschärfte, sondern auch das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz verabschiedete. Besonders brisant war die in diesem Zusammenhang vorgesehene Zentraldatei, die sämtliche in der Psychiatrie untergebrachten Patient*innen samt Diagnosen erfasst, worauf die Polizei Zugriff hätte. Damit unterlägen psychisch Kranke denselben Richtlinien wie Straftäter*innen. Ironischerweise sollte und soll das Gesetz einer Stigmatisierung und Kriminalisierung von Betroffenen vorbeugen. Zwar wurde das Gesetz entschärft und Daten nur noch anonym erhoben. Allerdings zeugten Aussagen wie, man wolle „hervorheben, dass Heilung gleichrangig ist mit Sicherheit“ und Heilung sei die „beste Gefahrenabwehr“, von der eigentlichen Intention des Gesetzes. Dieses vom Gesetzgeber noch zusätzlich geschürte Bild vom gefährlichen psychischen Kranken trifft auf eine schon vorhandene Unkenntnis. Zwischen 2009 und 2017 verloren 74 Menschen durch Polizeischüsse ihr Leben, bei ungefähr 38 fanden sich Hinweise auf eine psychische Erkrankung. Genaue Zahlen sind unbekannt, da die Polizei „Straftaten“ durch psychische Erkrankungen nicht gesondert erfasst, im Gegensatz zu beispielsweise Straftaten von Sinti*innen und Rom*innen.

Die Einführung des Psychisch Kranken Hilfe Gesetzes passt in eine Zeit, in welcher der Ruf nach einer verloren geglaubten „Normalität“ lauter wird. Ohne Frage bedurften die Regelungen zur Unterbringung - so wurden auch einige als verfassungswidrig aufgehoben - und auch der Ausbau der psychischen Hilfsstrukturen, einer Reform. Jedoch zeigt die Debatte um diese Reform und über vermeintlich psychische Täter*innen, dass es dabei nicht nur um die Kranken und Hilfesuchenden geht. Jede Einheit definiert sich durch das, wovon sie sich abgrenzt. Wie fatal wäre es, zu erkennen, dass verübte unbegreifliche Anschläge Teil und Produkt dieser konstruierten Einheit sind.

Die Psychiatrie fungiert in diesem Kontext als seltsamer Nicht-Ort. In ihr ist die Nicht-Normalität Normalität. Es braucht sie, damit außerhalb von ihr Normalität herrschen kann. Wer in der Psychiatrie landet, hat gegen die geteilte einheitliche Normalität verstoßen und die meiste Zeit fragt man sich, was ist diese verlustig gewordene Normalität. Das Ziel ist die Rückgewinnung der Teilhabe an der geteilten Normalität einer vermeintlichen normalen Allgemeinheit. Wer so einen Normalitätsverlust mal erlebte, wird sich für immer auf die Suche nach der vermeintlich „sicheren“ Normalität und Allgemeinheit machen. Für dieses Ziel werden Medikamente verschrieben, um eine Persönlichkeitsveränderung zu erwirken. Dabei kommt man in ein höchst komplexes Spannungsfeld. So steht bei zwei meiner Medikamente unter Wirkungsweise: „Wie Medikament X dabei im Gehirn wirkt, ist noch nicht bekannt“ und bei einem anderen „Es wird vermutet...“. Auch das internationale Diagnosewerk ICD 10 Kapitel V ist keineswegs eindeutig. Spätestens nach Ehrenbergs Buch „Das erschöpfte Selbst“ wurde deutlich, dass die Aushandlung, was nun Krankheit sei, ständigem diskursiven Wandel und Bedeutungsveränderungen unterliegen. Diagnose und Behandlung werden ständig angepasst, verändert und unterscheiden sich selbst in derselben Psychiatrie von Ärzt*in zu Ärzt*in. Die Frage, was bin Ich, was ist meine Störung und/oder Krankheit, was mein Medikament, gewinnt existenziellen Charakter und das immer vor dem Hintergrund einer vermeintlich normalen Allgemeinheit.

Damit stellt sich die Frage nach Ursachen, und, um ein häufig auftretendes Gefühl mit aufzugreifen: das der Schuld. Deren Beantwortung bewegt sich immer auf einem schmalen Grat zwischen Übersozialisierung und Überpsychologisierung. Denn man sollte weder der Gesellschaft noch dem Individuum alleinige Bedeutung beimessen, um nicht das eine oder andere, sowie Krankheiten zu relativieren. Auch hier ergibt sich ein immer größeres Feld. Bei der Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen und deren Intensivierung lassen sich im Groben zwei Stränge ausmachen. Zum einen Byung-Chul Han, der den immer weiter geförderten Leistungsdruck und eine Weiterentwicklung der Biopolitik zur Psychopolitik als Ursache ausmacht. Zum anderen Ehrenberg, der den Selbstverwirklichungsdruck des Individuums proklamiert. Beide eint das überforderte Individuum, unfähig mit den gestellten Ansprüchen und Entwicklungen umzugehen. Dabei wird der Leidensdruck so groß, dass Institutionen und Arbeitgeber*innen gezwungen sind darauf zu reagieren. - Allein zwischen den Jahren 2005 bis 2016 ist der Anteil der 18- bis 25-Jährigen mit psychischen Diagnosen um 38 Prozent und darunter bei Depressionen um 76 Prozent gestiegen. So finden psychosoziale Ansätze immer mehr Eingang in die universitären Konzepte und die Ratgeberliteratur erschließt immer größere Absatzmärkte. Trotz ihrer Vielfältigkeit teilen die allermeisten einen Grundgedanken: Du bist verantwortlich für dein eigenes Glück und Wohlergehen. Dieser individualistische Ansatz ist nicht per se als falsch abzutun, jedoch verstärkt seine Überbetonung die Angst vor dem Versagen, was einem persönlichen Versagen gleichkommt. Der*Die Schuldige ist damit ausgemacht. Schuldig ist, der*diejenige welche* in einem System des Wettbewerbs versagt. Das ein System des Wettbewerbs zwangsläufig massenweise „Verlierer*innen“ reproduziert, muss für sich genommen allein kein großes Problem darstellen. Problematisch und ideologisch verblindet wird es, wenn die systemische Ebene nicht mehr gesehen wird und das vermeintliche persönliche Versagen Benachteiligungen verfestigt und überdeckt. Längst ist es bewiesen, dass race, class, gender einen enormen Einfluss auf die Bildungschancen haben, jedoch wird an der Mär der Leistungsgerechtigkeit festgehalten und sogar künstlich in Bildungsstrukturen, unter der Berufung auf eine vermeintliche Effizienzsteigerung, geschaffen. Es wird gleichgesetzt, was nicht gleichgesetzt werden kann. Ungleiche Individuen und Schicksale werden miteinander in Konkurrenz (gleich)gesetzt und dabei Benachteiligungen und Besonderheiten ignoriert. Ein solch operierendes System legitimiert und naturalisiert gesellschaftliche Benachteiligungen, sodass Leistungsverlierer*innen kriminalisiert werden. Zusätzlich treibt es das Individuum in die Opposition zu sich selbst. Die eigene Persönlichkeit muss an das allgemeine Leistungsideal angehängt und optimiert werden. Das Besondere wird durch das Allgemeine unterdrückt. So ein System macht nicht nur krank, sondern bestraft die schon Kranken. So leiden mehr als ein Drittel der Hartz-IV-Empfänger*innen an mindestens einer psychischen Beeinträchtigung. Dass das BVerfG, trotz der grundsätzlichen Verfassungswidrigkeit, die Kürzungen von Arbeitslosengeld II. in geringen Maßen als letztes Drohmittel gegen den „Arbeits scheuen“, erlaubte, ist nur konsequent. Es gilt die Einheit der „Leistungsträger*innen“ einer Gesellschaft vor den „Leistungsverweigerer“, gleich aus welchen Gründen, zu schützen. Das diese Logik nach rechts offen ist, zeigt besonders eindrucksvoll eine kleine Bundestagsanfrage der AfD Fraktion (19/12218), in welcher sie die „volkswirtschaftlichen Verluste durch die nicht genutzten Erwerbspotenziale von Menschen mit psychischen Erkrankungen“ zu ermitteln versucht. Das sie auch nach den soziodemographischen Angaben der „Leistungsverweigerer“ fragten, scheint in der Logik verbleibend, nur selbstverständlich.

Der Zusammenhang von Wahn und Gesellschaft, Schuld und Strafe ist seit Foucault bekannt. Das sich die Aushandlung dieser Spannungsfelder intensiviert und auch individuell ausgefochten werden muss, ist systemisch bedingt. Das trotzdem an der unbedingten Eliten- und Exzellenzbildung festgehalten wird, obwohl dadurch gesellschaftliche Probleme naturalisiert und die Verantwortung und Schuld personalisiert, und damit kriminalisiert, werden, kann man nur als ideologisch verblindet bezeichnen. Wie die gesellschaftliche Einheit mit dem*der von ihr ausgemachten Kranken umgeht, funktioniert als Gradmesser, wie und wo Verantwortungen in einer Gemeinschaft ausgemacht werden. Dass systemisch produzierte (Un-)Verhältnisse, wie zuletzt im Kontext eines rechtsterroristischen Anschlags, auf den Rücken von psychisch erkrankten Menschen ausgetragen werden, ist zwar konsequent, richtig scheint es nicht.

Lost in segregation I: Die Kameras im Klostergarten.

von Chiyasamen



Für das Ziel eines Passauer Zentrums ohne weiße Verlegenheit muss aktuell nicht einmal die AfD Gewicht im Stadtrat besitzen: Es reicht schon, dass rassistische Diskurse von den anderen Mitgliedern übernommen und durchgesetzt werden. Warum rassistische Distinktion und Diskriminierung strukturelle Probleme einer kapitalistischen Gesellschaft sind und deswegen Empörung nicht ausreicht:

Der Exerzierplatz ist vielleicht nicht historisch, bedingt durch die Passauer Topographie jedoch mindestens geographisch das Zentrum der Dreiflüssestadt. Durch die zentrifugale Lage der Altstadt im Osten sind die Wohngegenden im Westen ausgelagert, und so laufen die Wege der meisten Passauer*innen nicht am Residenz- oder Domplatz zusammen, sondern eben im Klostergarten zwischen ZOB, Uni und Rewe als die „Neue Mitte“ (anders als in anderen Städten wo Neu- und Vorstädte eher einen Gürtel um die Altstadt herum bilden).

Mit Argwohn mussten die besseren Deutschen aus der Dreiflüssestadt nun zusehen wie der Exerzierplatz auch für Refugees, Lohnarbeitslose und People of Color zu einem beliebten Treffpunkt geworden ist. 15 Drogendelikte und 3 Körperverletzungen in einem Jahr haben dann den Geduldsfaden der weltoffenen Passauer*innen zum Reißen gebracht: Ob Dupper fordert mehr Sicherheit für die Bürger, jawohl, manche trauen sich ja gar nicht mehr einen Fuß in den Klostergarten zu setzen. 8 Kameras und ein Überwachungshäuschen sollen nun wieder für Ruhe und Ordnung sorgen; Die vermeintlich bedrohlichen Gestalten könnten es jetzt ja nicht mehr wagen an ehrliche Menschen Hand anzulegen.

Eine stadtpolitische Maßnahme, die sich wirklich nicht zu schade ist, die dümmsten rassistischen Kausalitäten zu bedienen (bei 1,5 Straftaten monatlich ist die Überwachung des Klostergartens nicht nachvollziehbar, egal wie unsicher sich irgendjemand beim Anblick von nicht-Weißen fühlt). Denn für 15 Drogendelikte und 3 Körperverletzungen an nur einem Nachmittag sind es lediglich ein paar Stufen abwärts, wo sich gut beobachten kann, wie Peter und Leonhard nach der zehnten Runde Flunkyball homophobe Witze reißen, Frauen belästigen, und „auch mal so zum Spaß an einem Joint ziehen“ (wetten also, dass die Drogen und Gewaltdelikte auf der Innwiese die des Kolstergartens um ein vielfaches übersteigen, würde man sie denn messen?).

Während Student*innen also auf der Innwiese ihre Freizeit verbringen wird den Passauer*innen im Klostergarten dasselbe Privileg erschwert: Es wird suggeriert, dass die Präsenz nicht-weißer Menschen Unsicherheit verursacht und gleichzeitig versucht jene durch Überwachung vom Klostergarten fernzuhalten. Ganz nebenbei kann die Stadt Passau nun jeden Schritt am meisten frequentierten Platz der Stadt überwachen. Dieser war jedoch schon vor den Kameras ein sicherer Ort, und diese werden keinesfalls verhindern, dass dort weiterhin Jugendliche kiffen und sich gelegentlich auch prügeln.

Es ist wichtig diese Prozesse nicht einfach als Ausdruck von „Xenophobie“ oder „gefühlter Angst“ zu verstehen, sondern als Produkt eines rassistisch-kapitalistischen Systems: Die Distinktion des Passauer Spießbürgertums verlangt das Bild der pikfeinen Barockstadt, welche attraktiv für Touris und das eigene Selbstverständnis ist. Rassistisch motivierte Kameraüberwachungen sind also nicht einfach nur ekelhaft, sondern auch Ausdruck einer Akkumulation symbolischen Kapitals, um Passau als Produkt zu präsentieren, welches die Deutschen gerne konsumieren: Ein Konsum, der schwer vereinbar ist mit Schwarzen, Alkis, und überhaupt mit Menschen, die um 10 Uhr morgens noch nicht auf Arbeit sind.

Das **festival contre le racisme** und die studentische Gruppe **Minorities United** setzen sich aktiv gegen Rassismus in Passau ein.

Die Partei **Die Linke** arbeitet an einer Klage gegen die Kameraüberwachung im Klostergarten.

Chiyasamen plädiert für *ausgelassenes und lautes Feiern (Maske und Abstand!) auf öffentlichen Plätzen in Passau, damit verkrampte Anwohner*innen sich endlich wieder unsicher fühlen können.*

Solidarisch gegen Kriminalisierung?

von Anonym

Spaltung und Repression von Bewegungen am Beispiel von „Extinction Rebellion“

Die heutigen Umwelt- und Klimakämpfe haben ihre Entstehung in den 1970er und 80er Jahren, etwa den Protesten gegen die Startbahn West in Frankfurt am Main oder der Gründung von Earth First!-Gruppen in den USA. Schon die damaligen Kämpfe zeichneten sich durch das Zusammenspiel eher bürgerlich-konservativer und radikaler Akteur*innen, legalisierter und kriminalisierter Aktionsformen aus. Immer waren eher konfrontative Aktionsformen, etwa Besetzungen oder militante Aktionen, dabei auch massiver **gesellschaftlicher und staatlicher Kriminalisierung** ausgesetzt. Als Antwort auf die folgenschweren Repressionen gegen die Startbahn West-Proteste etwa entstand die Kampagne „*Anna und Arthur halten's Maul*“, die zur Verweigerung der Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden und insbesondere zur Aussageverweigerung aufforderte.

In den vergangenen Jahren sind Klimathemen immer mehr ins Interesse der breiten Öffentlichkeit gerückt, und in der BRD entstand eine neue Welle der Klimabewegung um Akteur*innen wie Ende Gelände und Fridays for Future sowie Besetzungen wie im Hambacher Wald. 2018 gründete sich dann in Großbritannien die Massenbewegung „Extinction Rebellion“ (etwa: „Rebellion gegen das Aussterben“, kurz XR), unter deren Flagge große PR-lastige Aktionen erst in Großbritannien stattfanden, die sich seitdem in verschiedene Regionen verbreitet und in kurzer Zeit eine der sichtbarsten Akteurinnen der Klimabewegung auch in der BRD geworden ist.

Auf die Herausbildung der neuen Klimabewegung folgen nun auch eine Welle staatlicher Repression und ein erneuter Diskurs um die (Il-)Legitimität von Aktionsformen, was die Frage aufwirft, **wie Bewegungen mit gesellschaftlicher sowie staatlicher Kriminalisierung umgehen können**. Am Beispiel der Rolle von XR für die Klimabewegung soll kurz aufgezeigt werden, wie das **Diktum „gewaltfreien“ Protests, Entsolidarisierung von anderen Gruppen oder Aktionsformen sowie jegliche Zusammenarbeit mit dem Staat** dazu beitragen, dass Bewegungen **gespalten und für Kriminalisierung und Repressionen anfälliger werden**.

Während XRs Kernthese – die dringende Handlungsnotwendigkeit ob der globalen ökologischen Krise (1, 2)– sich weitgehend mit der sonstigen Klimabewegung überschneidet, propagiert XR eine großteils hierarchisch organisierte Massenbewegung des „zivilen Ungehorsams“ entlang der Lehre idolisierter „Vordenker“ wie dem rassistischen Nationalisten Mahatma Gandhi, aber auch eigener Mitglieder wie Robin Boardman-Pattinson, der im Internet antisemitische Verschwörungstheorien teilte (3), und Roger Hallam, der wiederholt den Holocaust verharmlost und proklamierte: „Even those who think a bit racist or sexist can be part of our movement.“ (4, 5). Zwei der zehn Prinzipien und Werte von XR sind die Vermeidung von „Schulduzuweisungen und Beleidigungen“ und „gewaltfreie Strategien und Methoden als effektivstes Mittel, um Veränderungen herbeizuführen“ (6). Dabei steht das Dogma der „Gewaltfreiheit“ nicht zwangsläufig im Widerspruch mit Gesetzesbrüchen (7). Jedoch wird auf **konfrontative Mittel im Umgang mit dem Staat verzichtet** – und dies gleichzeitig als Norm für allen (Klima-) Protest gesetzt. Bei der Auflösung einer Blockade 2019 in London sangen die Demonstrierenden etwa „Polizei, wir lieben euch, wir tun das auch für eure Kinder“, in Berlin applaudierten die Aktivist*innen und bedankten sich bei der Polizei für die „respektvolle Räumung“ (8). Eine Sitzblockade in Hamburg verließen die XR-Aktivist*innen geschlossen wegen „aggressiv[er] Sprechhore gegen die Polizei (‘Fuck cops’ etc.)“ und twitterten anschließend: „Wir haben die Blockade am Stephansplatz verlassen, da die dortige Stimmung nicht mehr unseren Prinzipien entspricht. Liebe Leute von #sitzenbleiben, nur friedlich werden wir unsere Ziele erreichen!“ Kurz später postet eine Person: „Blockade stephansplatz ist mit faustschlägen geräumt worden“.

Nachdem XR im Oktober 2019 eine bevorstehende Aktion in London angekündigt hatte, wurden wenige Tage vor der geplanten Aktion ihr Lagerhaus gerazzt, vermeintliches Aktionsmaterial konfisziert und 10 Aktivist*innen festgenommen (10). Richard Ecclestone, selbst ehemaliger Polizist und nun Mitglied von XR, kommentierte dazu: „These tactics are very questionable and are arguably infringing on our rights to peaceful protest“ (11) – es überrascht die naive Vorstellung von Staats- und Polizeihandeln gegen (Klima-)Aktivist*innen als verhältnismäßig oder gerecht und entblößt die Vorstellung, wenn Protest nur legitim genug sei, könne der Staat ja nichts dagegen haben. Ähnlich verdeutlichen die häufige vorherige Ankündigung von Aktionen, Gespräche und freiwillige Angabe von Informationen und Personalien sowie der (inzwischen aus dem Netz genommene) Online-Fragebogen über bisherige aktivistische Aktivitäten und die Bereitschaft zu kriminalisierten Aktionsformen (12) Unvorsicht und Ahnungslosigkeit im Umgang mit staatlicher Repression.

XR's Strategien wie der „gewaltfreie“ Konsens zielen darauf ab, für die Klimabewegung nicht nur innerhalb eines (linken) politischen Spektrums zu mobilisieren. Solche Strategien können dann Sinn ergeben, wenn sie von einzelnen Gruppen oder Veranstalter*innen strategisch angewandt werden, um Kämpfe z.B. um niedrigschwellige(re) Protestformen zu ergänzen und sie so für Menschen zu öffnen, die sonst nicht am Protest teilhaben könnten. In ihr destruktives Gegenteil verkehren sie sich, wenn sie vor allem einer Anbiederung, Ein- und Unterordnung unter Mainstream-Medien und bürgerliche Diskurse um „Gewalt“ in *Abgrenzung zu anderen Akteur*innen oder Protestformen dienen*. So sichern sich XR – auch wenn teilweise selbst betroffen von staatlicher Kriminalisierung – mit ihrem Image weitgehende Akzeptanz von Seiten der bürgerlichen Presse und Gesellschaft und perpetuiert damit das **Narrativ von „guten“ und „bösen“ Aktivist*innen** – anstatt gerade als gesellschaftlich akzeptiertere Gruppe Spaltungsversuchen, etwa entlang der Achse „friedlich/militant“, entgegenzuwirken. Damit werden **andere Formen des Protests delegitimiert und ihre Kriminalisierung gerechtfertigt**. Wenn Repressionen, die etwa die treffen, die wie in Hamburg „sitzen bleiben“, dann zudem nicht solidarisch getragen oder gemeinsam bekämpft werden, ist Pazifismus politische Ideologie, die lediglich dazu dient, dem Staat und seinen Repressionsorganen die Arbeit zu erleichtern.

Wir wünschen uns **emanzipatorische Bewegungen jenseits von Staat und Polizei, die sich kritisch-solidarisch miteinander auseinandersetzen und gemeinsam gegen jede Kriminalisierung kämpfen**. Hier einige Beispiele für mögliche Maßnahmen gegen Kriminalisierung:

- ✗ Organisation in autonomen Bezugsgruppen (statt einer hierarchischen Massenbewegung)
- ✗ Reflexion und Abbau von Hierarchien in den eigenen Strukturen statt (uninformierter) Idolisierung von Einzelpersonen oder Ideen
- ✗ Beschäftigung mit verschiedenen Herrschaftsformen und ihren Wechselwirkungen z.B. auf Kriminalisierung
- ✗ Beschäftigung mit Bewegungsgeschichte und „situierter Wissensschätzen“ insbesondere marginalisierter Akteur*innen und Gruppen
- ✗ Selbstreflexion und offene Kommunikation mit Mitstreiter*innen über die eigenen Hintergründe, Überzeugungen, Motivationen, Interessen und Ängste
- ✗ Anerkennung einer „diversity of tactics“ und (praktische) Solidarität mit anderen Kämpfen *unabhängig von Aktionsformen*, Herstellen von Bezügen zu anderen Kämpfen
- ✗ Auseinandersetzung mit staatlichen Repressionen, Erarbeitung einer der Organisations- und Aktionsform angemessenen Sicherheitskultur und herrschaftssensible Vorbereitung von Mitstreiter*innen auf mögliche Repressionen. Wer unvorsichtig mit Repression umgeht, Mitstreiter*innen unzureichend informiert oder sich selbst mit Aussagen zu entlasten versucht, gefährdet damit sich und Andere. Jede Information und Aussage hilft dem Staat, potentielle Teilnehmende auszuschließen oder (vermeintliche) Netzwerke zu ermitteln. Daher: konsequente Verweigerung von Aussagen und jeder Zusammenarbeit mit Polizei, Justiz, dem Staat und seinen Behörden!

ht.

Organisiert Euch und passt aufeinander auf! (A)

(1) <https://rebellion.earth/the-truth/>

(2) <https://extinctionrebellion.de/fakten/>

(3) <https://www.telegraph.co.uk/news/2019/04/17/extinction-rebellion-leaders-jet-setter-buddhist-teacher-yoga/>

(4) <https://www.zeit.de/2019/37/roger-hallam-extinction-rebellion-umweltbewegung-radikalisierung>

(5) Extinction Rebellion Deutschland hat sich inzwischen von Roger Hallam abgegrenzt und ihre „Prinzipien und Werte“ um einen Passus gegen Diskriminierung ergänzt <https://extinctionrebellion.de/wer-wir-sind/prinzipien-und-werte/>

(6) <https://extinctionrebellion.de/wer-wir-sind/prinzipien-und-werte/>

(7) <https://taz.de/Klimaproteste-von-Extinction-Rebellion/15640217/>

(8) <https://taz.de/Repraesentation-bei-Extinction-Rebellion/15628587/>

(9) https://twitter.com/xrebellion_hh/status/1175404778563735552

(10) <https://www.theguardian.com/environment/2019/oct/05/london-police-arrest-extinction-rebellion-activists-in-advance-of-environment-protest>

(11) <https://www.theguardian.com/environment/2019/oct/05/london-police-arrest-extinction-rebellion-activists-in-advance-of-environment-protest>

(12) <https://netzpolitik.org/2019/extinction-rebellion-nimmt-umstrittenen-fragebogen-vom-netz/>
<https://barrikade.info/article/2652>

von ALX

2019 gab es viele Aktionen des Zivilen Ungehorsams. Viele mutige Aktivist*innen haben damit auf Missstände und Ungerechtigkeiten hingewiesen. Doch wie das halt so ist, wenn man kritische Aktionen durchführt, wurden sie nicht nur von der Politik ignoriert, sondern auch von den Medien - es braucht Massenaktionen mit über 1000 Teilnehmer*innen, um einen kurzen Beitrag am Ende der Tagesschau wert zu sein. Hier ist also eine Liste, die zwar in keiner Weise einen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, aber doch hoffentlich einige gute und wichtige Aktionen sichtbarer machen kann:

Das ganze Jahr

Fridays for Future // Schüler*innen streiken Freitags und fordern bessere klimapolitische Maßnahmen der Politik

Hambi bleibt // Besetzung des Hambacher Forsts, um ihn vor der Rodung für den Braunkohletagebau zu schützen

März

15.03. // *Fridays for Future* // Weltweiter Klimastreik mit 1500 Teilnehmenden

Mai

06.05. // *Acker bleibt* // Beginn der Besetzung eines Ackers bei Neu-Eichenberg (Hessen), um den Bau eines Logistik-Zentrums zu verhindern.

Juni

20.06. // *Unbekannt* // Errichten einer Gedenktafel am Passauer Bahnhof für einen bei einer Grenzkontrolle gestorbenen Flüchtling; Verteilen von Flyern dazu und ein Bannerdrop am Parkhaus: „Rassismus tötet“

19. - 24.06. // *Ende Gelände* // 48-stündige Massenblockade mit 6000 Aktivist*innen der Kohlegrube „Garzweiler“, der Schienen der Kohlebahn zum Kohlekraftwerk Neurath und der Hambachbahn.

August

03.08. // *Ende Gelände Süd-West* // Besetzen des Kohlekraftwerkes in Mannheim

06.08. // *Vereinigt gegen Schleenhain* // Besetzen eines Baggers im Kohletagebau Vereinigtes Schleenhain im Leipziger Land

13.08. // *Aktion Autofrei!* // Protest gegen VW und für eine radikale Verkehrswende. Zwei Aktionen fanden statt: eine Besetzung des „Globuses“ in der VW-Autowelt und eine Schienenblockade, bei der Aktivist*innen sich von einer Zugbrücke abseilten und so die Auslieferung von Neuwägen per Zug stoppten

15.08. // *Jeder Baum zählt* // Beginn der Besetzung des Osterholzer Walds, um ihn vor der Rodung zu schützen

21.08. // *Zucker im Tank (im Rahmen des Klimacamps im Rheinland)* // „Capture the golden Digger“ – Aktionsralley mit verschiedensten niederschweligen Aktionen rund um die Braunkohletagebaue

24.08. // *Kohle ErSetzen (im Rahmen des Klimacamps im Rheinland)* // Blockade der Zufahrten zum Braunkohletagebau Garzweiler

September

15.09. // *Sand im Getriebe* // Blockade der Internationalen Autoausstellung in Frankfurt, um für eine Verkehrswende weg vom Auto zu demonstrieren

20.09. // *Fridays for Future* // Weltweiter Klimastreik mit 1,3 Millionen Streikenden deutschlandweit

24.09. // *Free The Soil* // 28-stündige Blockade mehrerer Eingänge der Fabrik des Düngemittelherstellers Yara, um auf die Klimaschädlichen Praxen der Agrarindustrie aufmerksam zu machen

27.09. // *Fridays for Future* // Weltweiter Klimastreik

27.09. // *Ende Gelände München* // Bannerdrop am Eingang des Oktoberfestes „There is no Wiesen on a dead planet - die Klimakrise kannst du nicht wegsaufen“

27.09. // *Ende GeländeWagen* // Eröffnung der Ausstellung „BMW Unterwelt“ in der BMW Welt in München: „Konkurrenz, Profit, Wachstumszwang - Es gibt keinen grünen Kapitalismus“

Oktober

4. - 6.10. // *DeCOALonize* // Aktionen gegen Steinkohle in Hamburg, Bremen und Dortmund, darunter mehrere Blockaden von Hafenanlagen, Kohlebunkern und Schienen

November

10.11. // *Am Boden Bleiben* // Terminal A des Flughafens Berlin-Tegel wird blockiert, um auf die umweltschädlichen Folgen des Flugverkehrs hinzuweisen

17.11. // *Unbekannt* // Aktivist*innen in Passau hängen am Volkstrauertag am Friedhof zwei Banner gegen ein Gedenken an Nazis, bei dem auch rechtsextreme Burschenschaften mitmachen: „Opa Heinz und Oma Petra - Keine Opfer sondern Täter“, „Nazis sind scheiße. Immer - Kein Gedenken den Mördern von gestern. Keinen Millimeter den Rechten von heute“

29.11. // *Fridays for Future* // Klimastreik und Aktionstag mit 630 000 Streikenden bundesweit

29.11. - 1.12. // *Ende Gelände* // Massenblockade mit 4000 Aktivist*innen, bei der 3 Kohletagebaue und 2 Schienenabschnitte der Kohlebahn blockiert wurden. We don't shut up, we shut down // Prozess gegen Klimaaktivist*innen, die 2017 das Kohlekraftwerk Weissweiler blockiert haben und es zum Herunterfahren gezwungen haben, beginnt. Im ersten Prozess wurden sie in 2 von 3 Anklagepunkten freigesprochen, der zweite zivile Prozess gegen RWE findet noch statt.

Dezember

23.12. // *Alle Jahre Widerstand/By 2020 We Rise Up (Bündnis aus mehreren Gruppen, namentlich genannt sind „Pott autofrei“ und „FANTIFA Castrop-Rauxel“)* // Aktivist*innen besetzen die Einfahrt zum Einkaufszentrum „RuhrPark“ Bochum, um auf die Problematik des übermäßigen Konsums zur Weihnachtszeit und dessen Folgen für das Klima und die mangelnden Maßnahmen der Politik, die auf Kosten der Ärmern der Gesellschaft gehen zu kritisieren und eine „Verkehrswende von unten“ zu fordern. Außerdem kritisieren sie „kapitalistischen Konsumzwang, reaktionäre Familien-Ideologie und religiöse Propaganda“, welche das Weihnachtsfest ausmachen.

ALX, leidenschaftliche Transpimalerin, stürzt sich gerne Hals über Kopf in Aktionen und deren Planung und während sie darauf wartet, dass die Konsequenzen davon sie eines Tages einholen, freut sie sich über alle, die ebensoviel Spaß an der Sache haben wie sie.

CHRONIK

DER AKTIONEN ZIVILEN UNGEHORSAMS

2019





von Jannik Maisch

Der Staat wird uns nicht retten!

Warum die Forderung nach stärkerem staatlichen Vorgehen gegen rechts Teil des Problems ist.

Nach den extrem rechts motivierten Morden letzten Jahres in Halle und Kassel war die Bestürzung in weiten Teilen der Gesellschaft groß. Bundespräsident Steinmeier sprach bei seinem Besuch in Halle von einem „Tag der Schande“ und betonte, dass „Wir jetzt Haltung zeigen“ und zusammenhalten müssten. Auch von zivilgesellschaftlichen und linken Akteuren war immer öfter die Forderung nach härterem staatlichen Vorgehen gegen die extreme Rechte zu hören. Und so wurde die Ankündigung Seehofers, zu diesem Zweck den Verfassungsschutz mit mehr Personal auszustatten, weitgehend positiv aufgenommen.

An den Reaktionen auf solche Terrorakte fällt auf, dass Politiker*innen und Medienanstalten – bewusst oder unbewusst – in affekthafte Schuldabwehr verfallen. Die Rechtsterroristinnen werden als abgrundtief böse dargestellt und mit Beschreibungen wie „Killer-Neonazi“ (Bild-Zeitung) titulierte, sodass jeder*in sofort klar ist, mit der Mitte der Gesellschaft kann das nichts zu tun haben. Das sich immer weiter zuspitzende rassistische und reaktionäre Klima und das Erstarken extrem rechter Akteure werden dabei kaum in Zusammenhang mit den Taten gebracht. Vielmehr betonte Steinmeier in Halle noch einmal, er sei sich sicher, dass der Großteil der deutschen Bevölkerung sich Wünsche, dass Juden*Jüdinnen in Deutschland leben. Anders gesagt: Antisemitismus und rechte Einstellungen sind in dieser Darstellung ein gesellschaftliches Randphänomen, das mit der großen, toleranten Mehrheit nichts zu tun hat und daher auch nicht gesellschaftlich sondern vor allem durch Strafverfolgungsbehörden bekämpft werden muss. Die Ursachen autoritärer Ideologien und deren tatsächliche Verbreitung in der deutschen Gesellschaft werden dabei verkannt, die eigene Mitschuld am Erstarken der extremen Rechten geleugnet.

Konsequenteres Vorgehen staatlicher Behörden gegen rechte GewalttäterInnen ist deshalb keinesfalls falsch, es bedeutet auch einen ganz konkreten Schutz für alle jene, die tagtäglich von extremen Rechten bedroht werden und ist damit derzeit auch teilweise Bedingung emanzipatorischer Politik. Jahrelange Erfahrung mit dem Versagen des Verfassungsschutzes im Umgang mit der extremen Rechten zeigen aber auch, dass mehr Personal oder Befugnisse die Probleme nicht lösen werden. Immer wieder hat sich gezeigt, dass es sich dabei strukturell um mangelnden Willen und nicht mangelnde Kompetenzen handelt.

Exemplarisch zeigt sich das auch in der Region Passau, wo die extreme Rechte, von AfD bis hin zu der extrem rechten bis neonazistischen Burschenschaft Markomannia Wien zu Deggendorf von staatlichen Behörden weitgehend ignoriert, agitieren kann. Nur zivilgesellschaftlichem und antifaschistischem Engagement ist es zu Verdanken, dass die Positionen und Aktivitäten der Markomannia an die Öffentlichkeit gelangten. Vertreter*innen der Stadt Passau haben jedoch nach wie vor kein Problem damit, zusammen mit den extrem rechten Burschen den Volkstrauertag zu begehen. Während Antifaschist*innen die dies beobachteten und kritisierten von den staatlichen Behörden drangsaliert wurden, konnten die Markomannen ganz unverhohlen den deutschen Soldaten des zweiten Weltkrieges gedenken und so das Erinnern an die zahllosen durch den deutschen Faschismus ermordeten entwürdigten.

Antifaschistisches Engagement, dass diesen Namen auch verdient, muss nach mehr streben, als sich auf den Staat zu verlassen oder einige militante Neonazis vor Gericht zu bringen und dabei die autoritäre Zuspitzung in der Gesellschaft zu ignorieren. Antifaschismus muss zum Ziel haben, all jene gesellschaftlichen Zustände, die Bedingung des Erstarkens autoritärer und extrem rechter Denkmuster sind, abzuschaffen. Es ist eine Illusion, dass Kompetenzen die Behörden bekommen, nur gegen die extreme Rechte eingesetzt werden, sie sind immer auch ein Einschnitt in die bürgerlichen Abwehrrechte gegen den Staat und schränken zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum ein. Forderungen danach, dem Rechtsruck durch staatliches Aufrüsten und härteres Durchgreifen zu begegnen, sind damit eher Teil des Problems als der Lösung.

Für Antifaschist*innen und alle, die für eine solidarische und offene Gesellschaft eintreten, heißt das also, Ideologien der Ungleichheit in der gesamten Gesellschaft zu benennen und zu kritisieren, ebenso wie sich autoritärer Formierung und ihren Lösungsansätzen entgegen zu stellen.

EXTREM UNBRAUCHBAR:

2 KRITIKEN AN DER GLEICHSETZUNG VON LINKS UND RECHTS

von Ronja

Wie Linke in Passau kriminalisiert werden und Rechte verharmlost werden:

Während Rechte häufig von staatlichen Institutionen geschützt und verharmlost werden, müssen Antifaschist*innen, welche auf die Gefahren von Rechts hinweisen und sich diesen aktiv entgegenstellen, permanent mit staatlicher Repression rechnen.

Beispiele dafür finden sich auch in Passau zuhauf. Im Frühjahr 2018 kam es zu einem Vorfall, der auch überregional sehr viele Wellen schlug. Mit einer massiven Drohkulisse hatte die Polizei versucht ein breites Linkes Bündnis an der Durchführung einer Vortragsreihe zum NSU zu hindern. Kurz vor dem ersten Vortrag der Reihe mit dem renommierten Rechtsextremismusexperten Robert Andreasch wurde eine Mitarbeiterin der Einrichtung, in der die Veranstaltung stattfinden sollte, von der Polizei angerufen und später auch persönlich besucht. Unter dem Vorwand, der Vortrag zu rechter Gewalt in Bayern könnte Anlass für rechtsextremer Übergriffe werden und die Veranstaltung könne nur mit einem sehr großen Polizeiaufgebot durchgeführt werden, wurde die Mitarbeiterin dazu gedrängt den Veranstalter*innen die Räumlichkeiten zu kündigen. Der Polizei ging es allerdings keineswegs um den Schutz von Antifaschist*innen vor rechter Gewalt. Die Veranstalter*innen und der Referent wurden von der Polizei nie kontaktiert. Kontaktiert und noch dazu eingeschüchert wurden einzig die Inhaber*innen der Räumlichkeiten. Referent und die Veranstalter*innen betonten, dass es im Vorhinein keinerlei Indizien dafür gab, dass es zu rechten Übergriffen kommen würde und sie behielten mit ihrer Einschätzung recht. Zu rechten Zwischenfällen kam es nicht als der Vortrag in einer anderen kurzfristig organisierten Räumlichkeit stattfinden konnte. Für die fundierte Einschätzung eines Rechtsextremismusexperten zu möglichen rechtsextremen Ausschreitungen scheint die Polizei sich dennoch zu keinem Zeitpunkt interessiert zu haben. Dass die Polizei letztendlich auch keine einzige Streife zum Schutz des Vortrages vorbeischickte, entlarvt das eigentliche Interesse der Polizei besonders. Um den Schutz von Antifaschist*innen ging es nie. Der Polizei scheint es vielmehr darum gegangen zu sein, das Versagen von staatlichen Institutionen bei rechtsextremen Gewalttaten zu verschleiern und die von Antifaschist*innen betriebene kritische Aufklärungsarbeit zu der Thematik zu verhindern.

Wer dagegen in Passau wie selbstverständlich den Schutz von Polizei und Ordnungsamt genießt, sind AfD-Kundgebungen oder der rechtsextreme AfDler und Abtreibungsgegner Andreas Eimannsberger, wenn er inzwischen alle paar Monate vierzig Tage lang Klient*innen der Beratungsstelle Pro Familia belästigt. Von Schutzzonen vor Pro Familia, welche „LebensschützerInnen“ davon abhalten direkt vor Pro Familia Mahnwachen abzuhalten, wie es sie in einigen anderen Städten schon längst gibt, will man in Passau besser nichts hören. Lieber kriminalisiert und delegitimiert man dagegen die Arbeit von feministischen Aktivist*innen. Wie es die Passauer Polizei gerne so handhabt, wurde den feministischen Gegenprotestierenden immer wieder mit Platzverweisen gedroht und verwehrt eine Versammlung gegenüber von Pro Familia anzumelden, angeblich weil Eimannsberger schon eine Versammlung dort abhalten würde. Eine äußert fragwürdige Behauptung, angesichts der Tatsache, dass erst 2-3 Personen eine Versammlung bilden können und der Abtreibungsgegner alleine dort stand. Außerdem, so das Ordnungsamt, sei auch die Leopoldstraße für eine feministische Kundgebung nicht geeignet, da sie den Verkehr massiv behindern würde. Nein es geht hier nicht um eine dicht befahrene Autobahn, sondern um eine wenig befahrene Einbahnstraße, welche sich sehr leicht umfahren lässt. Umfassende Versammlungsfreiheit für Feminist*innen, ist offenbar zu viel verlangt. Die behält man sich für einsam versammelte rechtsextreme Beter vor.

Im Nachgang der Gegenproteste geht es ähnlich weiter. Die Kampagne „Wölkische Verbindungen kappen“ hatte in einem Post darauf hingewiesen, dass auch Studenten der Oeno Danuba an der „40 Tage für das Leben“ Mahnwache des rechtsextremen Eimannsberger teilnehmen. Das führte von seitens der konservativen Studierendenschaft und der Uni-Leitung jedoch nicht dazu den Kuschelkurs von Rechtskonservativen mit Rechtsextremen zu kritisieren. Sie delegitimierten und kriminalisierten stattdessen mal wieder die antifaschistische Recherchearbeit. Mit dem eigentlichen Skandal, also die Zusammenarbeit mit und die Verharmlosung von Rechtsextremen, will man sich schließlich, genau wie die Polizei bei der NSU-Vortragsreihe, besser nicht auseinandersetzen müssen.

Auch in Bezug auf die Neugründung der Hochschulgruppe der AfD, der „Campus Alternative“, sowie die christlich fundamentalistische „Pro Life Passau“ Hochschulgruppe ist das Handeln der Uni-Leitung mehr als fraglich. Obwohl diese zwei Hochschulgruppen offen frauenfeindliche und allgemein menschenfeindliche Positionen vertreten und mit anderen rechtsextremen AkteurInnen kooperieren, wurden diese von der Uni als Hochschulgruppen zugelassen. Auf eine klare Positionierung seitens der Uni gegen diese wartet man vergeblich. Mehr als die Anwesenheit von Rechtsextremen, scheint die Uni antifaschistische Arbeit als störend zu empfinden. Wenn es darum geht Antifaschist*innen des Raumes zu verweisen oder auf Bitten des stadtbekanntesten Rechtsextremen und ex-NPDler Alexander Salomon, den Inhalt und das Impressum von linken Flyer zu überprüfen, weil sich dieser angeblich von den Flyern angegriffen fühlt, lässt die Uni-Leitung die Polizei offenbar sehr gerne auf den Campus.

Ob Polizei oder Verfassungsschutz, Ordnungsamt oder Universität, auf den Schutz von staatlichen Institutionen können Antifaschist*innen in Passau und anderswo nicht zählen. Sie sind ganz im Gegenteil mit der tagtäglichen Kriminalisierung ihrer politischen Arbeit konfrontiert, welche nichtsdestotrotz oder auch gerade deshalb weiterhin dringend notwendig bleibt.

yarên

kurdan

çîyan

ji bilî

tune



"die kurden kennen keine freunde außer den bergen" ist ein kurdisches sprichwort. es symbolisiert die einsamkeit einer bevölkerungsgruppe, welche brutal unterdrückt wird. auch in deutschland wird die kurdische freiheitsbewegung kriminalisiert. deswegen: biji rojava - solidarität mit rojava!

Lost in segregation II: Das Sterben der urbanen Ästhetik

von Chiyasamen

Ob die alte Gartenstadt im Klinikumsviertel, eine Siedlung im Sailerwöhr, das Peschl-Gelände in der Grünau oder selbstständige Geschäfte; Überall in Passau verschwinden historische Gebäude und süße kleine Läden. Monate später tauchen Parkplätze, sterile Geschäfte und teure Wohnungen auf. Warum das problematisch ist und nostalgische Kritik nicht weiterhilft:

Früher war alles besser? Die Facebook Seite „Das Alte Passau“ protestiert in Boomer-Manier gegen den Abriss historischer Gebäude und die Schließung selbstständiger Läden. Dabei klingen die Administratoren wie alte Männer die glauben nichts sagen zu dürfen und trotzdem einfach alles sagen.

Auch wenn das „danke 'liebe' Politik“ erstmal an Pegida erinnert, haben die Facebook-Nostalgiker natürlich eine Grundlage den Abriss der Wörthstraße 7 kritisieren. Die schlossähnliche Kaserne wurde zu Jahresbeginn, trotz ziviler Proteste wie Petitionen und Lichterketten, abgerissen (die Mietverträge davor fristlos gekündigt). Die verbleibenden zwei Gebäude der historischen Passauer Gartensiedlung werden folgen. Jene wurde in den 20ern im Stile des Heimatschutzstil errichtet, ein konservatives Komplementär zur progressiven Neuen Sachlichkeit, welche zusammen wiederum eine modernistische Überwindung von Historismus und Jugendstil bilden. Grüne Fensterläden aus Holz, spitze Giebel und Schornsteine aus Ziegeln zeugen von der damaligen Rückbesinnung auf regionale Einflüsse.

Ähnliches geschieht in der gesamten Stadt: Im Sailerwöhr wurde erst letztes Jahr beschlossen die Parkanlage der größten Wohnsiedlung durch Parkplätze zu ersetzen, der U-förmige Bau umschließt dann keine Pappeln und Wiesen mehr sondern Asphalt und Blech (die Parkplätze sind nicht für Anwohner*innen sondern für Pendler). In der Grünau wurde schon vor Jahren der alte Peschl Keller aus der Gründerzeit (bis dato von der hiesigen wasted german youth für illegale Raves genutzt) platt gemacht, nun werden teure Eigentumswohnungen auf das umzäunte Brachland in der (noch) günstigen Wohngegend Haidenhof Nord gebaut.

Doch nicht nur Bausubstanz leidet unter der urbanen Entfremdung, Passau ist seit Jahren Zeuge eines krassen Ladensterbens: kleinere Gewerbe und Selbstständige werden in der gesamten Stadt durch höhere Mieten und billigere Konkurrenz vertrieben. So gerade erst der Schreibwarenladen aus der Innstadt, der Kiosk aus der Spitalhofstraße, der Markt Buchbauer in Heining und als prominentestes Beispiel die Salvator Apotheke in der Ilzstadt (und das v o r der weltweiten Corona-Pandemie).

Letztere wurde versucht durch Anwohner*innen als genossenschaftlich-verwalteter Vierteltreffpunkt wiederaufzubauen, um den Konsumbedarf (Lebensmittel, Medikamente, etc.) der Menschen nördlich der Donau entgegenzukommen. Das Projekt wurde zusammen mit der Bäckerei Ratzinger 2016 in Angriff genommen, scheiterte aber letztendlich.

Was haben diese Beispiele nun gemein? Zunächst sind sie Teil einer rein ökonomisierten Stadtentwicklung, welche profitorientierte Ziele anstrebt und nicht dem Bedarf der Passauer*innen entspricht. Zudem erschweren diese Prozesse sinnvollen Klimaschutz (z.B. Recycling von Gebäuden durch graue Energie und Reduktion der Notwendigkeit von PKWs durch Bestehen lokaler Einkaufsmöglichkeiten). Sie sind jedoch auch Ausdruck eines Systems, welches aktuell gar nicht daran interessiert wäre Denkmäler zu schützen oder bedarfsorientiert zu produzieren. Abrisse und Ladensterben sind also nicht die Probleme des Kapitalismus sondern seine Symptome.

Und was bedeutet das? Es bedeutet weiterhin solidarisch mit Lichterketten und Petitionen gegen diese Entwicklung zu sein, denn sie können helfen Mieter*innen oder Selbstständigen ihre Existenz zu sichern. Es bedeutet aber auch, dass eine Stadtentwicklung im Sinne der sozialen und Klimagerechtigkeit, nur mit einem Wandel der bestehenden Verhältnisse hin zu einer von der kapitalistischen Strukturierung befreiten Gesellschaft möglich ist.

Chiyasamen plädiert dafür alte Gebäude in Passau zu besetzen um mehr genossenschaftlich verwaltete Läden aufzubauen.

Forum Passau und **Initiative Grünau** sind (eher konservative) Nachbarschaftskollektive die sich für die Bewahrung von Bausubstanz und die Verschönerung des Stadtbildes einsetzen.

Wenns mal drauf ankommt: <https://www.besetzen.org/besetzung-selber-machen/>



Corona und Antisemitismus:

Das Motiv der Brunnenvergiftung in Zeiten der CoViD-19-Epidemie

von Benni Stern

»Die Juden haben die Brunnen vergiftet!« Was, während in dem, was heute Europa heißt, die Pest wütete, ein verbreiteter Vorwurf aufgrund blinden Ressentiments und mangelnden Wissens war, und was sich – so könnte man annehmen – schon längst überlebt hat, wird nun wieder laut. In Onlineforen, in WhatsApp-Gruppen, auf Facebook wird gemunkelt: Da gibt es diese eine Elite, die – hier gehen die Tenöre auseinander – entweder die Weltherrschaft wollen und deswegen das Virus gemacht haben, oder schon die Weltherrschaft an sich gerissen haben und nun das Virus gesandt haben, um die Arier auszurotten. Die Elite, das sind die Rothschilds, die Banker, der Mossad, das ist Israel, das sind die Juden.

Der Vorwurf ist, wie bereits angedeutet, nicht neu, und geht, verfolgt man ihn nur lange genug zurück, auf spätestens 1161 im damaligen Böhmen kursierende Gerüchte zurück, jüdische Ärzte (die zu den fähigsten dieser Zeit gehört haben sollen) hätten Christen vergiftet.

Doch erst mit der Ausbreitung der Pest, beginnend 1347 in der heutigen Türkei, bekam diese antijudaistische Verschwörungstheorie Aufwind und wurde zum mörderischen objektiven Wahn einer ganzen Gesellschaft. Weil niemand genau wusste, was die Pest war, woher sie kam, wie sie sich ausbreitete und was dagegen zu tun sei, verbreiteten Gerüchte sich rasch. Man ging davon aus, die Pest werde durch Verunreinigungen im Wasser hervorgerufen, eine Theorie, die möglicherweise von der tatsächlich existenten antiken Militärtaktik der Brunnenvergiftung herrührt. Zudem waren Juden ihrer Religion wegen schon weit vor Aufkommen der Pest aus der Zivilgesellschaft verstoßen. Sie galten als Christumörder, Hostienfrevler, Ungläubige und Häretiker. Da der Tanach strenge Sauberkeitsvorschriften enthält, wurden Juden im Mittelalter zudem seltener krank als Christen, was dem Vorwurf der Brunnenvergiftung nur weiteren Aufschwung bescherte: es schien nur logisch zu sein, dass die Giftmörder nicht selbst vom vergifteten Wasser trinken.

Ausgehend von Genf wurden Menschen jüdischen Glaubens ab 1348 überall in Frankreich, den deutschen Ländern, den italienischen Staaten bis nach Böhmen entrechtet, eingekerkert und zu tausenden auf Scheiterhaufen verbrannt. Erst, als alle Juden einer Gemeinde oder Stadt getötet oder vertrieben waren, die Pest aber immer noch wütete, kamen Zweifel an der Theorie der Brunnenvergiftung auf, die jedoch nie lang genug währten, um bei einem neuerlichen Ausbruch der Seuche Jahre später erneute Pogrome zu verhindern.

Noch im 19ten Jahrhundert wurden während der Choleraepidemie von 1831 Jüdinnen und Juden unter Generalverdacht gestellt.

Aktuell (Stand 3. April 2020) sind Stimmen, die von Brunnenvergiftung sprechen, noch erstaunlich ruhig.

Dennoch munkeln Personen wie Heiko Schrang, das Coronavirus sei ein »Trojanisches Pferd«, um die Bevölkerung zu unterwerfen: es ginge darum, den Menschen Angst zu machen, denn wer Angst hat, ließe sich leichter »brechen«.

Bei Schrangs YouTube-Kanal, der sinnigerweise »SchrangTV« heißt, wurde beispielsweise schon Andreas Popp interviewt. Beide traten bei der »Anti-Zensur-Koalition« auf, bei unter anderem auch der bekannten Rechtsextremen Jürgen Elsässer redete.

Letzterer warnte in seiner Publikation »Compact« davor, daß das derzeit grassierende Coronavirus SARS-CoV-2 genutzt würde, um eine »Migrationswelle« zu verschleiern.

Diese Verschwörungstheorie der »Umvolkung« (Synonym für »Durchrassung«) sieht zumeist hinterlistige Hintermänner am Werk, die das deutsche Volk schwächen und schließlich vernichten sollen.

Auch in anderen Kontexten werden Jüdinnen und Juden für das Virus verantwortlich gemacht: »globalistische Eliten« wollten damit ihre Ziele durchsetzen, oder es handle sich dabei gar um eine israelische Biowaffe.

Diese Theorien sind augenscheinlich nicht mehr als kümmerliche Versuche irgendwelcher Schwachköpfe, sich etwas zu erklären, was sie nicht verstehen können, wie die mittelalterliche Legende vom die Brunnen vergiftenden Juden.

Doch hat der objektive Wahn mörderisches System: Die Furcht vor dem Abstrakten, dem Nicht-Greifbaren, welches auf den Juden projiziert wird, ist ähnlich der Furcht vor dem Virus als etwas ebenfalls Nicht-Greifbarem. Nicht zufällig kennt das antisemitische Jargon die Begriffe »Parasit«, »Schmarotzer« oder »Bazillus« für Juden in einer sonst als homogen empfundenen Gesellschaft, und wie das Virus auch wird der Jude als schädlicher, gar tödlicher Fremdkörper imaginiert, den es auszumerzen gilt.

Der darwin'sche Grundsatz »Gleiches bringt Gleiches hervor« lässt sich auch hier anwenden, will man es nur genug: Die Juden als das Nicht-Greifbare bringen ihr Ähnliches, das Virus hervor.

Weil sie zugleich als Übermächtig und Schwach imaginiert werden, müssten sie sich heimtückischer und hinterhältiger Waffen bedienen: Gift und Krankheit sind nicht zufällig häufig anzutreffende antisemitische Motive.

Wer fähig ist, solche Gedanken zu denken, kann so dumm nicht sein. Das antisemitische Narrativ vom jüdischen Brunnenvergifter ist gefährlicher, als es den Anschein hat, und weiter verbreitet, als mensch annehmen möchte.

BENNI STERN hat vor Jahren einmal an einem VHS-Kurs »Brunnenvergiften für Einsteiger« teilgenommen. Leider war er damals so high, dass er sich an die gelehrten Inhalte nicht mehr erinnern kann.

Kritik des Rechts:

von Anna-Kristin

Kriminalisierung im Gesetz

Einige im linken Kontext allzu bekannte Paragraphen aus dem StGB stellen §§ 113 ff. "Widerstand gegen Vollzugsbeamte" und ähnliche dar. Aus polizeilicher Sicht sind sie sehr praktisch, weil dadurch sehr leicht auf Gegenmaßnahmen reagiert werden kann und sie sich gut zur Abschreckung und - durch Bürokratiekrieg - zur Aufreibung von als potenziell problematisch eingeschätzten Personen eignen. Interessanterweise lässt sich aber gerade an diesem Paragraphen sehr gut die Entwicklung des Strafrechts nachvollziehen.

Kurz zur Geschichte: Bereits das preußische Strafrecht kannte einen ähnlichen Paragraphen. Ziel war es, die Autoritätshörigkeit zu zementieren, indem als nötige, körperverletzende oder als Angriff gedeutete Handlungen gegen Staatsbeamte verschärfter sanktioniert wurden als solche gegen andere Personen. Indem also das Strafmaß höher gesetzt und so der Schutz von Staatsbeamt*innen höher gestellt wurde als der der meisten anderen Personen. Diese Handhabung wurde, grob gesagt, bis in die 1970er-Jahre beibehalten.

In eben dieser Zeit wurde mehr Wert auf die innere psychische Drucksituation gelegt und argumentiert, dass es unter Berücksichtigung dieser Situation verständlicher und nachvollziehbarer ist, wenn sich Menschen beispielsweise gegen Festnahmen oder Durchsuchungen im Affekt wehren, als wenn sie diese Handlungen bewusst, geplant und zielgerichtet gegen Einzelpersonen tätigen. Es wurde also mehr Wert darauf gelegt, die tatsächlichen psychischen Vorgänge im Menschen nach-zuvollziehen anstatt nur abzuschrecken. §§ 113 ff. wurden daraufhin gemildert und entsprechende Vergehen weniger hart bestraft als die allgemeine Nötigung oder Körperverletzung.

Dieser Trend hat sich jedoch in den letzten Jahren wieder umgekehrt: Zwar ist das Maximalstrafmaß im analogen Fall identisch (drei Jahre für Nötigung und fünf Jahre für Körperverletzung/einem tätlichen Angriff). Allerdings wurde das Mindeststrafmaß im Falle der Körperverletzung höher gestellt - drei Monate Freiheitsstrafe im Gegensatz zur Geldstrafe. Zudem wurden immer mehr Berufsgruppen einbezogen, immer mehr Fallbeispiele konkretisiert und immer mehr eigentlich nur natürliche und unkontrollierbare Reaktionen - wie das reflexartige Wegzucken, wenn eine Hand plötzlich die Schulter greift - hinzugefügt.

Allein schon aus juristischer Sicht ist diese Entwicklung höchst problematisch: Einerseits, weil sie diametral zu der - auch im deutschen Strafrecht verankerten - Grundidee steht, dass der Mensch ein Bedürfnis nach Freiheit hat. Andererseits, weil das Irrtumsrisiko von dem Staat auf die Betroffenen übergewälzt wird. Es wird erwartet, dass alle Menschen jede Maßnahme schlucken sollen und somit eine Art Unfehlbarkeit staatlichen Handelns suggeriert. Schließlich wird durch das besondere Strafmaß das im Strafrecht vorgesehene Ziel der Resozialisierung in den Hintergrund gestellt und stattdessen nur auf Abschreckung gesetzt. Nun weg von der juristischen Filterblase, hin zur Realität: Der Trend, der uns zu unseren bekannten Polizeigesetzen trug, zeigte sich schon in der aufgezeigten juristischen Entwicklung. Begründet wird er mit einer beschworenen, nie bewiesenen Steigerung der Gewalt gegenüber Beamt*innen. Dabei handelt es sich jedoch um Symbolpolitik, die letztendlich nichts bewirken wird.

Es entbehrt jeglicher Logik, zu erwarten, dass Menschen sich einfach einer polizeilichen Maßnahme fügen. Bei den immer wieder dargestellten Kriminellen gehört es zur Berufsvoraussetzung, sich nicht an Gesetze zu halten. Auf der anderen Seite wird implizit Menschen das Recht genommen, sich gegen unrechtmäßige, unverhältnismäßige Maßnahmen zu wehren, sondern viel mehr Autoritätshörigkeit aufgezwungen. Es wird gefordert, die Maßnahme zu erdulden, um sie im Nachhinein vor Gericht als rechtswidrig feststellen zu lassen. Sich also erst schlagen zu lassen, um dann vor Gericht zu gehen, damit dieses der Polizei einen leichten Klapps auf die Finger gibt. Und selbst dafür müssen Menschen ihre Rechte kennen, was in dieser Gesellschaft nicht gefördert wird.

Ein Weg der, wie die meisten juristischen Sachverhalte, elitär und exklusiv ist.

Unser eigenes Gehirn hat das Potenzial, unser größter Feind zu sein. Wer kompliziert denkt und das Hinterfragte immer wieder hinterfragt, kommt irgendwann in einen ewigen Kreislauf und tut sich selbst nur weh. Nur kritische Menschen tun solchen Mist. Lasst uns weniger hinterfragen und mehr akzeptieren, dann tut das alles auch nicht mehr so weh.



Wer, Wo, Was?

Wichtige Gruppen und Einrichtungen in Passau

Dies soll eine (keineswegs vollständige) Aufzählung verschiedener (alternativer) Gruppen und Einrichtungen in Passau darstellen. Die studentischen Gruppen sind die wichtigsten Sprachrohre für soziale Kämpfe in der Uni, die städtischen Organisationen setzen sich für Probleme ein, welche ganz Passau betreffen. Zusätzlich haben wir ein paar Gewerbe aufgelistet, welche sich durch Solidarität, gute Arbeitsbedingungen und faire Preise auszeichnen.

studentisch:

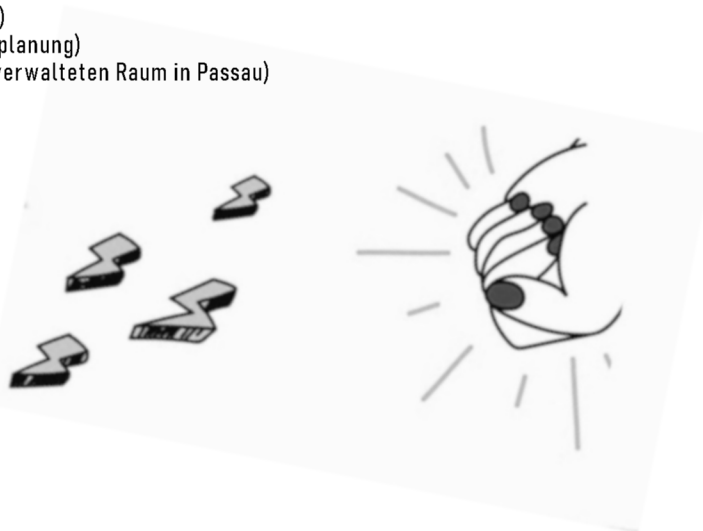
ASta - Allgemeiner Studierendenausschuss/SprecherInnenrat (studentische Vertretung in der Universitätsleitung)
ProChoice und Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung (feministische Gruppen für das Recht auf legale Schwangerschaftsabbrüche)
LUKS - Liste der unabhängigen kritischen Student*innen (feministische und antifaschistische Gruppe)
SDS - Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband (Studierendenorganisation der Partei Die Linke)
Minorities United (Antirassistische Gruppe)
festival contre le racisme (antirassistische Aktionstage)
L.i.f.e. - love is for everyone (Gruppe für Sichtbarkeit und Belange von LGBT+ Menschen)
Frauencafe (wöchentlicher Frauentreffpunkt)
*Die Juristinnen** (feministische Gruppe mit juristischem Schwerpunkt)
AKJ - Arbeitskreis kritischer Jurist*innen (linke Gruppe mit juristischem Schwerpunkt)
Chancen Gestalten (Hilfe für Geflüchtete)
RLC - Refugee Law Clinic (Rechtsberatung für Geflüchtete)
DGB - Deutscher Gewerkschaftsbund (gewerkschaftlicher Dachverband in Deutschland)
GEW - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (studentische Gewerkschaft)
DIG - Deutsch-Israelische Gesellschaft (Gruppe mit Israelbezug und gegen Antisemitismus)
FFF - Fridays For Future (studentische Gruppe für Klimaschutz)
LUPE (linksliberaler Lesekreis)

städtisch:

Antifaschistischer Infoticker (Recherchekollektiv zu rechten Bewegungen)
0851 (Antifaschistische Gruppe)
OAT - offenes antifaschistisches Treffen (monatlicher Treffpunkt für Antifaschist*innen)
VVK - Völkische Verbindungen Kappen (Gruppe zur Burschenschaftskritik)
RTGR - Runder Tisch gegen Rechts (bürgerliches und antifaschistisches Bündnis)
Ende Gelände (Gruppe für Klimagerechtigkeit)
FFF - Fridays for Future (Schüler*innen aus Passau für Klimagerechtigkeit)
pro familia (Beratungsstelle für Schwangerschaftsabbrüche und Familienplanung)
ZAK - Zentrum für ambulante Kultur/freiraum* (Kollektiv für einen selbstverwalteten Raum in Passau)
Kanzlei Haubner/Schank (solidarische Anwaltskanzlei)
Forum Passau (Nachbarschaftskollektiv)
Initiative Grünau (Nachbarschaftskollektiv)
Bürgerblick (linksliberale Monatszeitung)

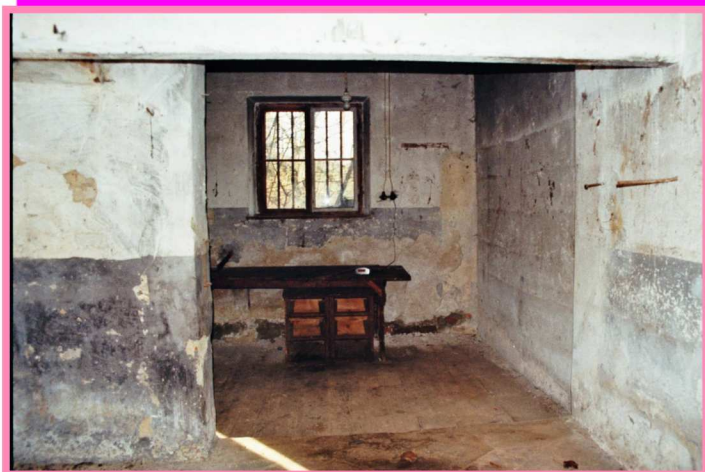
gewerblich:

Vereinte Wurzelwerke Ilztal (Solidarische Landwirtschaft Passau)
Karlstetter Hof (SB Theke für Eier, Most und Fleisch)
Stadtmarkt (kundennaher Edeka)
Frau Dunschn (Lokal/Hostel mit veganen Gerichten)
Seidl (günstiger Fahrradladen)
Hussam Badawi (Änderungsschneiderei)
Trödelbuam (Second Hand Kaufhaus)
Ratzinger (traditionelle Bäckerei)
Ceylan Market (türkischer Supermarkt)
Jamila (arabischer Supermarkt)
Omowest (Afroshop)
Zeughaus (städtisches Kulturhaus)
Scharfrichterhaus (Kulturhaus)
Comicluden Passau (Antiquariat)
Chez Lili (Ostafrikanische Imbissbude)



RECLAIM THE CITY

Café Schöffberger von Benni Stern



Für eine so kleine Stadt ist Passau reich an schönen Cafés. Manche davon werden umso schöner dadurch, daß sie vielen – insbesondere Student*innen – nicht bekannt sind und kaum frequentiert werden.

Ein Paradebeispiel für ein Café dieser Art ist das »Schöffberger« in der Luragogasse. Es ist etwas teurer als das Durchschnittscafé in Passau, liegt recht versteckt und zieht nicht viel Kundschaft an.

In einem alten Schuhgeschäft gelegen gelingt es dem Café, seine original-60er-Jahre-Atmosphäre charmant und ohne jede Nostalgie zu präsentieren. Wer Glück hat, kann einen Platz im Schaufenster ergattern und sitzt zwischen gerahmten Fotografien, einer alten Vespa und bequemen Stühlen mit Ausblick auf die Gasse zwischen Domplatz und Steinweg, während mensch einen Kaffee oder ein Stück Kuchen genießt.

Café Schöffberger – Luragogasse 3 – geöffnet 9:00 bis 22:00 Uhr

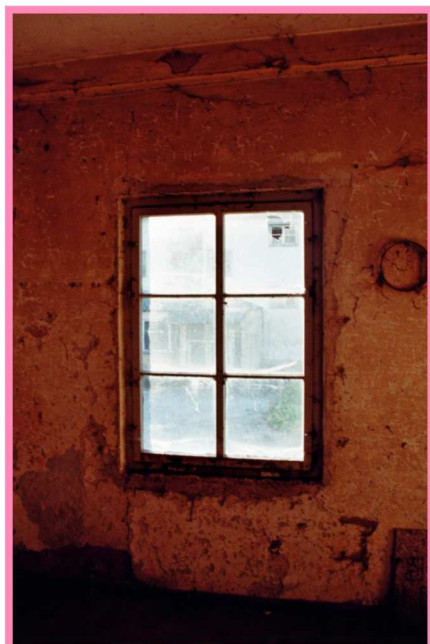
BENNI STERN kann ab und an im Café Schöffberger angetroffen werden – könnte er es sich leisten, wäre er viel häufiger dort.

Urbexxing: Lost Places in Passau

Einst eine wichtige Industrieanlage, liegt die Halbinsel Racklau seit 2018 brach. Auch wenn sich ein kapitalistisches Unwetter über ihr zusammenbraut (geplant ist ein touristischer Attraktionspark mit schwimmenden Hotels) ist der sogenannte Winterhafen der ideale Ort um bei schönem Wetter alte Pegelmessgeräte, Hafenanlagen, Silos und Graffitis zu entdecken. An der Spitze bietet sich ein schöner Ausblick auf die Zivilisation, dargestellt durch den Passauer Dom, sowie ein kleiner Platz am Wasser der zum Verweilen einlädt (die Geräusche von zwei Bundesstraßen können zum Störfaktor werden). Mal im Ernst: wer dem kitschigen Getummel der Altstadt entfliehen möchte und Motive für die analoge Canon vom Innpromenade-Flomarkt sucht, sollte dem alten Hafen einen Besuch abstatten, bevor InvestorInnen und Bagger anrücken.

Während die Klosteranlage Bergfried von einem Investor zum Nächsten weitergereicht wird, verfallen der alte Hof sowie die umliegenden Gebäude munter vor sich hin. Die Anlage besteht seit dem 16. Jahrhundert, steht aber seit diesem Jahrtausend leer. Die Kirche ist noch in Betrieb, die Ställe nicht. Passt auf die Kameras auf!

Solange die Gebäude der Gartensiedlung noch stehen, und sei es nur ihr Rohbau, liegt ein kleiner Besuch natürlich nahe. In den Bädern gibt es schöne Kacheln. Die Wände laden zum Verschönern ein. Die Drohung der Kameraüberwachung ist heiße Luft.



Spitzberg, Hellgeviertel oder Villenviertel von Mali

Verschiedene Wohnorte ermöglichen verschiedene Perspektiven. Verschiedene Wohnorte in einer Stadt ermöglichen verschiedene Perspektiven in der Stadt. Vier Mal umziehen in Passau - ja, genau!- ermöglicht verschiedene Perspektiven auf Passau. Nach meinem letzten Umzug und von meinem letzten Wohnort aus habe ich den Spitzberg für mich entdeckt. Spitzberg? Ich weiß selber noch immer nicht genau, wie das Villenviertel zwischen Neuburger Straße auf der einen und Inn auf der anderen Seite offiziell bezeichnet wird. Aber das ist auch nicht so wichtig. Was mir gefällt, sind die verschiedenen Häuser, Straßen und die Gedanken, die kommen wenn ich mich dort etwas treiben lasse.. Dann denke ich über schöne und teure Häuser und Architektur nach. Über Geld, Arbeit und Zeit. Über Jetzt, Zukunft und Leben. Über Passau und die Menschen die dort Wohnen. Ich wundere mich darüber, dass die Autos einen besseren Ausblick haben als die meisten Menschen in Passau.

Dann träume ich ein bisschen. Neues Hausprojekt in Passau mit meinen 7 Lieblingmensen? Im braun-roten Eckhaus mit Turm! Ich stelle mir den kollektiv geführten (Tausch)laden an der Ecke Sechzehnerstraße/Wörthstraße vor. Wünsche mir ein alternatives Zentrum à la alte VHS Bonn für das gelbe, leere Haus in der Wörthstraße -7. Ach, ich träume von noch so viel mehr.

Ab und an sitze ich dann im kleinen Park bei der Bischof-Wolferg-Straße und denke über das kleine Holzhaus nach, in dem Amalie Vogl wohnte. Denke mir, dass ich auch gerne in einem kleinen Holzhaus wohnen würde. Ich genieße den Blick auf Passau, die grünen Hügel und lasse mich ein bisschen treiben.



RECLAIM THE CITY

von Chiyasamen

Ein architektonischer Wegweiser durch das Passau des 20. Jahrhunderts

Passau ist Inbegriff der klassischen Barockstadt. Die Altstadt, den Händen der nomadischen Künstlerfamilie Carlone entsprungen, gilt wohl als eine der schönsten Zeugnisse des Hochbarock. Passau ist auch nicht gerade für andere Stile bekannt, zumindest nicht mehr seit die Nibelungenhalle als berüchtigte Repräsentantin des nationalsozialistischen Neoklassizismus abgerissen wurde. Trotzdem will dieser Text versuchen das vergangene Jahrhundert ins architektonische Blickfeld der Leser*innen zu rücken:

Da wäre zum einen die Glasscherbenvilla, eklektische Zeugin des verschwenderischen und reaktionären Historismus der Gründerzeit. Baujahr 1902, die Übergänge zum moderneren (aber immer noch rückständigen) Jugendstil sind bereits erkennbar. Ältere Beispiele für eine historistische Neustadt-Planung in Haidenhof sind die Bürgerhäuser zwischen Nibelungen- und Grünaustraße, Werke des Bauherren Bonifaz Kieffer: Die Nibelungenstraße 1 und 16 sowie die Grünaustraße 15 stechen heraus.



Überwunden wurde diese Nostalgie erst in den 20er Jahren, durch das sogenannte Neue Bauen und der Philosophie des „form follows function“. Passau ist hierbei durch den konservativen Heimatschutzstil, geprägt worden, welcher sich in Bayern als Stilmittel für eine neue Infrastruktur (Bahnhöfe, Postämter, etc.) durchgesetzt hat. Für revolutionäre Ideen a la Traut oder Gropius war man hier noch nicht bereit, im Gegenteil, Protagonist Karl Kieffer (Sohn von Bonifaz) baut später eben jene Halle, welche die NSDAP sowie ihre Geister beherbergen wird.

Sehenswert sind seine vorherigen Werke trotzdem, dazu zählen die Ecke Bahnhofstraße/Am Schanzl (heute Homöopathische Apotheke und PNP), die Altstadtschule sowie die Löwenbrauerei in St. Nikola. Sie alle eint der pastellgelbe Putz, sparsame Dekoration und Stuck, Fensterläden, Lukanen sowie Erker. Weitere Beispiele des Neuen Bauens wären die Bischof-Heinrich-Straße 9, Sailerwöhr 3-13, die Hellge-Klinik, das Forstamt, das alte Klinikumsviertel sowie verschiedene Ein- und Mehrfamilienhäuser in der Grünau und im Haidenhof.

Oft abwertend spricht man von „50er“ bzw „60er Jahre Bauten“, Begriffe die der Ästhetik der ersten und zweiten Nachkriegsmoderne nicht gerecht werden. Nennenswert sind hier die Montessori-Schule, das Autohaus Röhr (interessant die reich verzierte Treppe im Inneren) sowie das Hauptzollamt (alle Spitalhofstraße). Die Abkehr von jeglicher Ästhetik als radikaler Bruch mit dem zweiten Weltkrieg konnte inzwischen wiederlegt werden, stilistische Elemente wie die typische Rasterfassade wurden heute sowohl beim Stadtturm, als auch beim HK-Komplex verwendet.

Der Brutalismus kam erst in seiner zweiten Welle nach Passau. Der „ehrliche Beton“ findet sich vor allem im Schanzl wieder – die wenigsten werden Brücke und Turm Schönheit abgewinnen, beide sind jedoch bautechnische Meisterleistungen. Die Ästhetik des „Brutalen“ liegt eben darin, einem ehrlichen Baustoff wo weder Deko noch Farben etwas anderes vortäuschen. Diese Formen wirken am ehesten bei ein paar Schritten unterhalb des Schanzls, wo im Netzwerk von Unterführungen, Betonsäulen und grauen Flächen das Schöne des Brutalen am ehesten zum Vorschein tritt.

Ein bedeutendes Bauwerk des kritischen Regionalismus findet sich in der äußersten Neuburger Straße: Der Münchner Architekt Hans Jakob Lill (Gedenkstätte für die Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus München) hat in den 60er Jahren hier die Kirche St. Peter erbaut, heute die zweitgrößte in Passau und zweifelsohne nach St. Stephan auch die interessanteste. Der Parabelförmige Bau ermöglicht eine perfekte Akustik sowie ungewöhnliche Lichtverhältnisse.

Spätestens mit der Postmoderne wurden Dekoration und Verschwendung offiziell wieder Teil des Gebäudebaus. Kurz erwähnt sei hier das Malteserstift St. Nikola, welches u.a. auch den kiezigen Stadtmarkt beherbergt. Der Komplex nimmt einen ganzen Block ein, interessant sind z.B. die Dreiecksprismen aus Glas welche als Erker fungieren.

Dass unser Campus der schönste in Deutschland ist liegt nicht nur an der Idylle des Inns, sondern eben auch an der gelungenen Architektur an seinem Ufer: Sukzessiv wurden hier seit den 80er Jahren zeitlose Gebäude errichtet, von postmodernen Konzeptionen wie dem roten Philo (1982) bis zur High-Tech-Architektur des ITZ (2005). Als letztes Gebäude der Uni wurde 2008 die ISA fertiggestellt, bzw fertig restauriert: ursprünglich war sie eine Turnhalle für die Innstadt, erbaut 1898 von keinem anderen als Bonifaz Kieffer.



ACAB doesn't attack individual cops-it points out the many flaws in the policing system that enable violence.



ACaB